

Gruppenvergewaltigung: Vier Migranten festgenommen

Eine Wuppertalerin (51) war Pfingsten 2019 nach einem Düsseldorfer Altstadtbesuch in den Hofgarten gelockt, dort brutal vergewaltigt und beraubt worden. Die Polizei hat nun vier Jugendliche festgenommen. Das Opfer hatte eine Disco verlassen, als es vermutlich von einem jungen Mädchen (14) angesprochen wurde. Diese habe der Frau Hilfe angeboten und sie in den nahe gelegenen Hofgarten geführt. Dort habe das Mädchen die drei anderen Jugendlichen begrüßt. Die Gruppe habe die Frau dann immer tiefer in den Park gedrängt und auf einer Anhöhe schließlich vergewaltigt. Dabei sei ihr auch die Handtasche samt Handy geraubt worden. Auf der Kleidung der Frau wurde Täter-DNA gefunden die zu zwei Intensivtätern aus Ratingen (16 und 17 Jahre alt) führten. Beide sind bereits „erheblich in Erscheinung getreten“, u.a. wegen Körperverletzung, Drogen, Diebstahl. Alle Verdächtigen sind Ausländer. Es soll sich bei den männlichen Jugendlichen um zwei Iraner und einen Afghanen, bei dem Mädchen um eine Türkin handeln.



Von wegen Bereicherung. Deutlicher kann die Einwanderung in unser Sozialsystem nicht verstanden werden: Laut den Zahlen der Bundesagentur für Arbeit sind Syrer bereits mit (10,5 Prozent der die zweitgrößte Gruppe von Hartz-IV-Empfängern. Insgesamt beziehen rund drei Viertel (74,9 Prozent) aller im Gebiet der BRD lebenden Syrer im erwerbsfähigen Alter Hartz-IV-Bezüge. Die Arbeitslosenquote für syrische Staatsbürger in Deutschland im Juni dieses Jahres liegt bei 44,2 Prozent. Wer einen Integrationskurs oder einen Berufssprachkurs besucht, zählt nicht als arbeitslos. In der Statistik werden diese Kursteilnehmer als „Unterbeschäftigte“ erfasst. Daher dürfte die Quote noch höher ausfallen.

Durchschnittliche Arbeitszeit der Menschen steigt weiter

In Deutschland hat sich nicht nur das Renteneintrittsalter erhöht. Auch der Weg in die Rente wird für immer mehr Menschen deutlich anstrengender. Die durchschnittliche Arbeitszeit stieg im Vergleich zu den letzten Jahren weiter. So ist die Zahl der geleisteten wöchentlichen Arbeitsstunden pro Kopf zwischen den Jahren 2004 und 2017 erheblich angestiegen, wie das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung mitteilte.

Besonders stark fiel der Anstieg bei den 60- bis 64-Jährigen aus. Hier hat sich die Zahl der geleisteten wöchentlichen Arbeitszeit im Schnitt von 11,2 auf 21,6 Stunden fast verdoppelt.

Die Gründe hierfür sind leicht zu erklären: Steigende Mieten und Umkosten sorgen dafür, dass das bisherige Einkommen oft nicht ausreicht, aber auch die Zunehmende Angst vor Arbeitsplatzverlust, wenn eine gewünschte oder notwendige Mehrarbeit nicht vorgenommen wird.

Bundesregierung will weitere Pleite- und Krisenstaaten in die EU holen

Der Bundestag unterstützt das Vorhaben der EU, Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nord-Mazedonien aufzunehmen. Trotz verschiedener Defizite würdige man die Reformanstrengungen der beiden Balkanstaaten, heißt es in zwei Anträgen, die das deutsche Parlament mit großer Mehrheit angenommen hat. Bei den Ländern werden erhebliche Fortschritte bescheinigt, obwohl genau das Gegenteil der Fall ist, denn alleine bei der Reform der Justiz hängen diese so weit hinterher, dass bereits Zweifel an Rechtsstaatlichkeit bestehen. Nord-Mazedonien und Albanien haben zudem massive Kriminalitätsprobleme, insbesondere

im Bereich der organisierten Kriminalität, aber auch bei der Korruption.

Ende Mai hatte die EU-Kommission den Mitgliedsstaaten die Aufnahme von Beitrittsgesprächen empfohlen, was in anderen EU-Staaten auf heftige Kritik gestoßen ist. Vor allem in Frankreich, aber auch in den Niederlanden und Dänemark gibt es jedoch erhebliche Bedenken. So verweist Frankreich etwa auf ungelöste Probleme mit organisierter Kriminalität, vor allem in Albanien. Deutschland will trotzdem diese wirtschaftlich schwachen und kriminalitätsbelasteten Staaten in der EU sehen. So soll eine erste Beitrittskonferenz bereits stattfinden, wenn in Albanien eine Wahlrechtsreform beschlossen sowie das Verfassungsgericht

und der Oberste Gerichtshof funktionsfähig sind. Eine zweite Beitrittskonferenz soll dann nach an der Umsetzung der Wahlrechtsreform, Strafverfahren gegen Richter und Staatsanwälte sowie Fortschritte beim Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität. Auch Nord-Mazedonien müsse weiterhin etwas mehr Mühe geben, teilte die Bundesregierung mit. Damit sorgt Deutschland nicht nur dafür, dass der Weg für weitere Zuwanderung ausgebaut wird, sondern auch zusätzliche wirtschaftliche Unterstützung der Staaten, um diese Staaten auf EU-Niveau zu bringen. Zumindest dürften sich die dortigen Kriminellen über die Niederlassungsfreiheit freuen.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE
REPUBLIKANER **REP**

Karlsruhe: Keine Integrations- und Ehrenpreise für Republikaner

Regelmäßig werden in den Kommunen verschiedenen Preise verliehen. So auch der Integrationspreis. In Karlsruhe sorgte vor einigen Jahren die Vergabe an den Kreisvorsitzenden der lokalen Republikaner Werner Zollt für Empörung. Nachdem er dann zu asylkritische Flugblätter drucken und verteilen ließ, wurde ihm der Preis wieder aberkannt. Ähnliches durfte der amtierende Kreisvorsitzende und Bezirksverordnete Fischer schon erleben. Auch ihm wurde nach 10 Jahren kommunalpolitische Zugehörigkeit im Jahr 2015 vom Oberbürgermeister eine Ehrung überreicht und dann später wieder entzogen., da es sich zu kritisch über die Massenzuwanderung öffentlich positionierte

In Karlsruhe wollte man jetzt offenbar auf Nummer sicher gehen und hatte den einzigen vorgeschlagenen Kandidaten, den REP-Kreisvorsitzenden Zollt, nicht noch einmal für seine Arbeit mit Kindern von Ausländern auszeichnen wollen. Letztendlich war die Verleihung nicht mehr als eine Werbeveranstaltung für die SPD und deren Zuwanderungspolitik. Herr Zollt war über das Vorgehen entsetzt und verließ die Verleihung frühzeitig.

Alle Asylanten untergebracht, aber Obdachlose unter der Brücke vertrieben

15 Obdachlose hatten in den vergangenen Wochen ihr Lager unter einem Düsseldorfer Fußgängerübergang an der Rheinbrücke aufgeschlagen. Die Stadt hat nun veranlasst, dass dort schwere Steinblöcke ausgelegt werden. Ziel sei es zu verhindern, dass dort weiter Zelte aufgeschlagen werden können.

Hierzu teilte der Düsseldorfer REP-Stadtrat Maniera mit: Es ist schon bezeichnend, wie die reiche Stadt Düsseldorf mit den Ärmsten umgeht.

Während Asylbewerber aus der gesamten Welt betüdelnd werden und keine Ausgabe vermieden wird, nur um einen möglichst angenehmen Aufenthalt in Düsseldorf zu ermöglichen, sieht der Umgang mit Obdachlosen schon völlig anders aus. Keine Anmietung von Hotels oder Wohnungen, kein Bau von Containerdörfern mit All-Inclusive-Service. Denkt man einige Jahre zurück, dann wurde mit den Zigeuner-Zeltedörfern am Landtag völlig anders verfahren. Diese durften über Monate verweilen. Auch im vergangenen Jahr campierten unter den Augen des Ordnungsamtes hunderte Sinti und Roma am Rhein. Geräumt wurde der große Lagerplatz nicht, obwohl natürlich keine Genehmigung vorlag. Vielleicht sollte sich die Flüchtlingsbeauftragte Koch auch einmal darüber nachdenken, sich nicht auf den Rest der Welt zu fokussieren, sondern auf das Wohl der Bürger in unserer Stadt.

Linksextremisten und die Klimademos

Seit Anfang des Jahres protestieren Schüler und Studenten unter dem Motto „Fridays for Future“ für mehr Klimaschutz. Dabei mischen sich immer mehr Linksextremisten unter die Teilnehmer. Nun kündigten linksextreme Gruppen in Hamburg Blockaden nach dem globalen Klimastreik an. Ihre Aktionen beschränken sich nicht auf die Teilnahme an der Kundgebung. Über Social Media rufen sie zu zivilem Ungehorsam auf. Ihr Ziel: den Verkehr z.B. in der Hamburger Innenstadt lahmlegen. So wurde vor der letzten Kundgebung aufgerufen, „im Anschluss an die große Global-Streik-Demonstration mit Aktionen des zivilen Ungehorsams den Verkehr in der Innenstadt Hamburgs lahmlegen, um auf die Dringlichkeit der Klimakrise aufmerksam zu machen!!“,

Rund 54.000

Zwangsräumungen jährlich

Die Zahl der bei Gerichtsvollziehern in Auftrag gegebenen Zwangsräumungen von Wohnungen und Geschäftsräumen ist im vergangenen Jahr in etwa gleichgeblieben. Im Jahr 2018 seien in 54 010 Fällen Aufträge für Zwangsräumungen an Gerichtsvollzieher gegangen, berichtete das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND, Samstag) unter Berufung auf eine Antwort des Bundesjustizministeriums. Im Jahr zuvor waren es demnach 53 632 Fälle gewesen.

Jetzt Republikaner werden



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei: <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

**Spenden für
 Deutschland >**


Spendenkonto:

DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,
IBAN:DE6044 0100 4603 8745 0460 BIC: PBNKDEFFXXX

Impressum: DIE REPUBLIKANER - Postfach 87 02 10 - 13162 Berlin - V.i.S.d.P. Tilo Schöne

Kontaktaufnahme:

 Tel.: 0211 – 995 487 94 oder kontakt@rep.de

Informieren Sie sich über unsere Arbeit

- Ich möchte mehr über die Partei erfahren.
- Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.
- Ich möchte Mitglied werden.

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Informationen unter: 0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr. Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Stammtisch, jeden ersten Montag. 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Kreis Mönchengladbach:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: moenchengladbach@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de oder www.sachsen-rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
Postfach 140407
40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl Wohnort

Telefon Telefax

E-Post

Konfession / Beruf / Tätigkeit Geburtsdatum

Frühere Parteimitgliedschaft in ... /von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen

Datum / Unterschrift

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) Zahlungsart Zahlungsrythmus Beitrag mind. 10.00 € monatlich, bzw. 5 € für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Überweisung Lastschrift jährlich halbjährlich

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut BIC/Swift-Code

IBAN

Datum / Unterschrift

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Bezirksverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Landesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Bundesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.